

Wenn die europäischen Bildungsminister sich treffen und niemand etwas (an-)merkt

Die Bukarest-Erklärung der Bildungsminister zeigt, wie heutzutage Hochschulpolitik gemacht wird

Weit über vierzig europäische Bildungsminister haben sich Ende April 2012 in Bukarest getroffen und den Fortgang der Bologna-Reform verabredet – und kaum jemand hat es bemerkt. Die wenigsten Fernsehanstalten hatten Korrespondenten vor Ort, die Nachrichtenredaktionen ignorierten das Ereignis weitgehend, und selbst die führenden Tageszeitungen berichteten kaum oder gar nicht.

Liest man die Erklärung, die die Bildungsminister in Bukarest verabschiedet haben, ist die Ignoranz dieser Konferenz auf den ersten Blick verständlich – handelt es sich bei der Erklärung doch lediglich um die übliche Aneinanderreihung von schönen Werten. Es ist die Rede von „kreativen, innovativen, kritisch denkenden und verantwortungsvollen Hochschulabsolventen, die sich in ihrem Studium nicht nur „multidisziplinäre und innovative Fähigkeiten und Kompetenzen“ aneignen, sondern auch über Up-to-date-Fachwissen verfügen sollen.

Insofern unterscheidet sich die Erklärung der Bukarest-Konferenz nicht von den Wertelisten, die bereits auf der Bologna-Konferenz und ihren bisher sechs Folgekonferenzen aufgestellt wurden. Studierende werden als „gleichberechtigte Mitglieder der Hochschulgemeinschaft“ gepriesen und ihre stärkere Einbindung als „kompetente, aktive und konstruktive Partner“ bei der Entwicklung von Studiengängen gefordert. Es wird herausgestellt, dass die Hochschulbildung durch die „Anhebung des Bildungsniveaus“ eine „bedeutende Rolle“ beim „Abbau von Ungleichheit“ spiele und „daher“ das „Potenzial der Einzelnen im Hinblick auf die persönliche Entwicklung“ auszuschöpfen sei. Alle Werte, die in der Bildungspolitik gerade als gut und schön betrachtet werden, werden klassischerweise in den Erklärungen der Bildungsminister zusammenggeführt.

Diese Aneinanderreihungen von Werten können aber nicht verbergen, dass es den Bildungsministern bei der Bologna-Reform lediglich um ein „Weiter wie bisher“ geht. Die Bologna-Reform wird von den Bildungsministern als ein erfolgreiches Medikament zur Kurierung von lang bekannten Missständen an den Hochschulen präsentiert. Es wird die Zuversicht geäußert, dass durch die Zweigliedrigkeit der Studiengänge, die Einführung eines Leistungspunktesystems und die Modularisierung des Studiums die Akademikerquote weiter erhöht, der Anteil der Studienabbrecher gesenkt und die Mobilität der Studierenden zwischen den Hochschulen gesteigert werden kann.

Dass die Ziele der Bologna-Konferenz in vielen europäischen Ländern bisher nicht erreicht wurden, wird dabei nicht auf ein Zuviel, sondern auf ein Zuwenig von Bologna zurückgeführt. Die Kritik an einem europaweit standardisierten Leistungspunktesystem, mit dem jede Stunde, die ein Student oder eine Studentin in ihrem Studium zu studieren hat, im Voraus kalkuliert werden muss, wird von den Bildungsministern einfach ignoriert. Die Proteste der Studierenden gegen die zunehmende Verschulung ihrer Studiengänge werden mit symbolischen Maßnahmen wie Abschaffung von Anwesenheitslisten oder mit Lippenbekenntnissen zu kritikfähigen Studierenden abgefangen.

Dabei wird übersehen, dass die Bologna-Reform an den Hochschulen zu einer bisher nicht gekannten Bürokratisierung geführt hat. Die Beschreibung eines einzelnen Studiengangs, die vor der Bologna-Reform häufig in eine einzige Klarsichthülle gepasst hat, füllt inzwischen mehrere Aktenordner, weil letztlich stundengenau definiert werden muss, was und wie Studierende zu lernen haben. Die Studien- und Prüfungsordnungen, die fächerspezifischen Bestimmungen und

die Modulhandbücher von Studiengängen sind inzwischen so umfangreich geworden, dass selbst die meisten Lehrenden des Studiengangs sie nicht mehr kennen.

Die Bukarest-Erklärung wird dieser Bürokratisierung des Studiums noch einen weiteren Schub geben. In einer kleinen – zwischen den Wertelisten versteckten – Passage wird gefordert, dass die Definition von Lernzielen weiter vorangetrieben werden soll und diese mit dem Leistungspunktesystem zu koppeln sei. Das bedeutet letztlich nichts anderes, als dass für jedes Modul – vielleicht sogar für jede einzelne Veranstaltung – eines Studiums definiert werden muss, was gelernt wird und wie viel Zeit die Studierenden dafür einzuplanen haben. Die Planungsphantasie ist letztlich, dass zukünftig für Philosophiestudenten vorausgeplant wird, dass sie genau neunzig Stunden Zeit dafür haben, die Hegelsche Rechtsphilosophie zu begreifen, und ihre erworbene Kompetenz dann in einem Exposé von acht Seiten nachzuweisen haben. Ein solches Modell mag sich für Sprachschulen eignen, für Fachhochschulen und Universitäten mit den kaum zu planenden Aneignungsstrategien von Studierenden ist es völlig ungeeignet.

Bisher ist diese Planungsphantasie lediglich eine kleine Passage in einer unverbindlichen Absichtserklärung der europäischen Bildungsminister. Schließlich haben sie keine formale Kompetenz, über die nationalen Parlamente hinweg die Hochschulpolitik festzulegen. Aber es ist jetzt schon absehbar, dass in den Landesparlamenten auch weiterhin solche unverbindlichen Erklärungen in Gesetze gegossen werden mit dem Argument, dass man sich auf europäischer Ebene ja auf eine solche Regelung geeinigt habe und dass man als einzelnes Bundesland schließlich nicht ausscheren könne. Irgendwann wird dann von den einzelnen Fachhochschulen und Universitäten verlangt werden, dass sie für jedes einzelne Modul genaue Lernziele festlegen und dafür zu kalkulieren haben, wie viel Zeit Studierende dafür benötigen. Die ausgedruckten Studienordnungen, Lehrpläne und Modulhandbücher eines einzelnen Studiengangs werden dann zukünftig vermutlich nicht mehr in mehreren Aktenordnern, sondern nur noch in Umzugskartons transportiert werden können.

Der Effekt wird nicht nur eine weitere Bürokratisierung, sondern besonders auch eine weitere Verschulung des Studiums sein, weil jede Lernphase im Voraus geplant werden muss. Es ist jetzt schon absehbar, dass zwar fast alle Beteiligten – Bildungspolitiker, Hochschulleitungen, Lehrende und Studierende – diese Bürokratisierung und Verschulung beklagen werden, dass sich aber letztlich niemand dafür verantwortlich fühlen wird. Die Abgeordneten der Landesparlamente werden – wenn sie die ungewollten Nebenfolgen des Leistungspunktesystems denn überhaupt verstehen –, erklären, dass es ja um die Umsetzung europäischer Vereinbarungen ging. Die Institute und Fakultäten, die die Regelungen in einer Art Dauerreform ihrer Studiengänge umsetzen müssen, werden erklären, dass sie sich einer europäischen Harmonisierung nicht entziehen konnten. Und die Bildungsminister, die planen, sich in drei Jahren zu ihrer nächsten gemeinsamen Konferenz zu treffen, werden darauf verweisen, dass sie ja nur grobe Empfehlungen ausgesprochen haben, dass für die Ausgestaltung jedoch letztlich die einzelnen Hochschulen verantwortlich seien und dass man deswegen nichts für die Bürokratisierung könne.

Stefan Kühl ist Professor für Organisationssoziologie an der Universität Bielefeld. Vor kurzem ist von ihm „Der Sudoku-Effekt. Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie“ (transcript-Verlag) erschienen.